

11.07.2009 19:23 Uhr

**Marienplatz: Angriff von Uiguren**

## China warnt vor Reisen nach München

**Touristen aus China sind auf dem Marienplatz von Uiguren angegriffen worden. Deshalb rät das chinesische Außenministerium jetzt von Reisen nach München ab.**

Nach Übergriffen von Uiguren auf chinesische Touristen in München hat das Außenministerium in Peking Chinesen zur Vorsicht bei Reisen in die bayerische Landeshauptstadt geraten. Nach Informationen des chinesischen Konsulats in München sei am 7. Juli eine Reisegruppe von uigurischen "Elementen" angegriffen worden, erklärte das Ministerium am Samstag. "Diese Warnung entbehrt jeder vernünftigen Grundlage", teilte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) mit. Derweil bezifferte die chinesische Regierung die Zahl der Toten bei den Unruhen in der chinesischen Provinz Xinjiang auf 184, die meisten davon Han-Chinesen, die die Mehrheit in dem Vielvölkerstaat stellen. In der Provinzhauptstadt Ürümqi beruhigte sich die Situation nach Berichten am Samstag weiter.

Auf dem Münchner Marienplatz hatten am Dienstag uigurische Demonstranten eine chinesische Reisegruppe angegriffen. In München lebt eine sehr große uigurische Gemeinde. Dort sitzt auch die Deutschlandvertretung des oppositionellen Uigurischen Weltkongresses (WUC), der nach den Krawallen in Xinjiang scharfe Kritik am Vorgehen Pekings geübt hatte.

WUC-Vizepräsident Asgar Can hatte sich für Handgreiflichkeiten auf dem Marienplatz entschuldigt: "Wir verurteilen jede Art von Angriff." Bereits in der Nacht zum Montag war auf das Generalkonsulat der Volksrepublik in München ein Brandanschlag verübt worden.

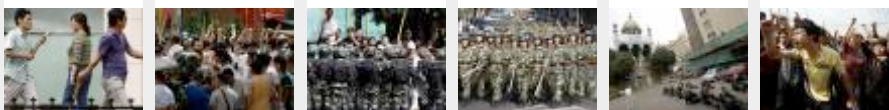
### Peking fordert Schutz für Chinesen in Deutschland

Nach Angaben des Ministeriums in Peking wurden chinesische Vertreter bei den deutschen Behörden vorstellig und verlangten, den Angriff auf die Reisegruppe aufzuklären. Zudem seien die deutschen Behörden aufgefordert worden, "effektive Maßnahmen zum Schutz des Lebens und des Eigentums von Chinesen in Deutschland" zu ergreifen.



Auf dem Marienplatz in München zerreißen uigurische Demonstranten eine chinesische Flagge. (Foto: AP)

#### China und die Uiguren Unruhen in Urumqi



Das Auswärtige Amt in Berlin kommentierte die Schritte Pekings zunächst nicht. China hatte bereits direkt nach den Unruhen in Xinjiang den Uigurischen Weltkongress dafür verantwortlich gemacht. "Wir können keine wirklichen Sicherheitsrisiken für chinesische Staatsbürger erkennen", sagte Herrmann in seiner Mitteilung weiter.

Alle chinesischen Staatsbürger seien in Bayern und in München absolut sicher. Chinesische Einrichtungen würden von der Polizei mit zusätzlichen Maßnahmen bis hin zu ständigen Standposten geschützt. Der Vorfall am Münchner Marienplatz sei ein absoluter Einzelfall.

Nach den jüngsten offiziellen Angaben sind von den 184 Todesopfern der Zusammenstöße 137 Chinesen, davon elf Männer. 46 Angehörige der Uiguren und ein Angehöriger der muslimischen Volksgruppe der Hui seien getötet worden. Exil-Uiguren hatten dagegen erklärt, bei den gewalttätigen Unruhen, die vor einer Woche ihren Höhepunkt erlebten, seien bis zu 800 Menschen ums Leben gekommen, viele davon Uiguren, die von der Polizei erschossen oder erschlagen worden seien.

## Weniger Polizisten auf den Straßen

Die Lage in der Provinzhauptstadt Ürümqi war am Samstag nach Schilderungen von Journalisten vor Ort ruhiger als in den Vortagen. Auf den Straßen seien weniger paramilitärische Kräfte zu sehen.

Die Polizisten patrouillierten in kleiner Gruppen, die muslimischen Viertel der Stadt seien "sehr ruhig", die Geschäfte wie an jedem Samstag geschlossen. Die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua meldete, die Stadt kehre langsam wieder zur Normalität zurück. Auch der Busverkehr normalisiere sich, allerdings würden auf den wichtigsten Strecken Sicherheitskräfte mitfahren.

## Türkischer Regierungschef spricht von Völkermord

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan verurteilte die Gewalt gegen die muslimischen Uiguren indes als Völkermord.

"Die Zwischenfälle in China sind eine Art Völkermord, anders kann man das nicht nennen", zitierten türkische Medien Erdogan. Die Türkei wolle die Lage in China im Weltsicherheitsrat besprechen. Auch Präsident Abdullah Gül übte Kritik. Gül hatte die Uiguren-Provinz im Juni besucht. Die Uiguren sind ein muslimisches Turk-Volk.

(dpa/segi)

---

[Artikel drucken](#) | [Fenster schließen](#)

Copyright © sueddeutsche.de GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH  
Artikel der Süddeutschen Zeitung lizenziert durch DIZ München GmbH. Weitere Lizenzierungen exklusiv über [www.diz-muenchen.de](http://www.diz-muenchen.de)